Explodierende Baukosten in Marl (Rede unseres Fraktionsvorsitzenden Robert Heinze in der Ratssitzung vom 23.03.2023. Es gilt das gesprochene Wort)

"Politik beginnt mit dem Erkennen der Realität" Kurt Schumacher

Um zur Realität des Jahres 2023 zu kommen, braucht es allerdings einen Rückblick. Denn nur so wird aus unserer Sicht deutlich, wo Handlungsbedarf besteht und wie wir – hoffentlich gemeinsam - Lösungen entwickeln können.

Bei den Betrachtungen haben wir uns auf die 3 großen Projekte Rathaus, Goetheschule und Marschall 66 konzentriert. Allerdings gilt ähnliches auch für viele andere Projekte der letzten Jahre.

Wie bekannt hat unsere Fraktion im letzten Jahr, gegen die Beschlussvorlage zur Erhöhung der Baukosten beim Projekt Goetheschule gestimmt. Ebenso hat unsere Fraktion gegen die vom Rat favorisierte Lösung zur Sanierung der HKS gestimmt.

Dies jeweils verbunden mit dem Hinweis, dass sich dies nicht gegen die Interessen der Schüler und Lehrer richtet, sondern dass wir in den letzten Jahren ein grundsätzliches Problem mit der Abwicklung von Bauprojekten haben - sowohl in finanzieller aber auch in der zeitlichen Abwicklung.

Als im Oktober dann der katastrophale Haushaltsentwurf – zur Erinnerung – ein Defizit von 70 (in Worten siebzig) Millionen auf den Tisch kam, haben wir erneut und sehr intensiv bei den Haushaltsgesprächen auf die aus dem Ruder laufenden Baukosten hingewiesen, und die damit verbundene weitere Verschuldung und Zukunftsfähigkeit des städtischen Haushaltes hinterfragt.

In einer gemeinsamen Erklärung der Fraktionsvorsitzenden der haushaltstragenden Fraktionen, stellen diese dann fest, ich zitiere: "..., dass mit den in den letzten Jahren und aktuell beschlossenen Investitionen zur Erhaltung der städtischen Infrastruktur und den notwendigen Investitionen zur Stadtentwicklung, die finanziellen und personellen Grenzen der Leistungsfähigkeit der Stadt erreicht sind."

-2-

Dann erfährt man – zunächst über den Flurfunk – dass man in Sachen Rathaus die 100 Mio. erreicht, dass bei der Goetheschule ein gut gelaunter Architekt im Schulausschuss einen wunderschönen Entwurf präsentiert, versehen mit dem Hinweis, dass man mit den jetzt vorgesehenen 29 Mio. nicht auskommt, und dann jene Beschlussvorlage zu Marschall 66, die die Zustimmung des Rates für weitere 7 Millionen Baukosten erwartet.

Vielleicht hilft das denjenigen, die jenseits aller gehaltenen Reden in immerhin 2 Ratssitzungen, zu verstehen, dass die Ablehnung der Beschlussvorlage im Rat, nicht zuletzt auch diesen Zusammenhängen geschuldet ist.

Weder die katastrophale Haushaltslage, der "Pfusch" am Bau, die Abermillionen an Nachschlägen, waren dann aber das bestimmende Thema der letzten Monate. Ausgerufen wurde ein Kulturkampf, der Ansehensverlust Marls in der Welt (kleiner geht es wohl nicht), und ganz aktuell die Verlagerung der Diskussion auf die Zerstörung des Skulpturenmuseums.

Fast möchte man meinen, dass die Verlagerung der Diskussionen auf die Ebene des Kulturausschusses, ein gut orchestriertes willkommenes Ablenkungsmanöver von den eigentlichen Problemen – wie oben geschildert - ist.

Wie oft wurde in den Reden von CDU, Grüner Fraktion und FDP betont, dass Grund für die Ablehnung der Beschlussvorlage nicht zuletzt der Vertrauensverlust in die Verwaltung sei, das Projekt M66 dann auch tatsächlich für 22 Mio. zu Ende zu bringen.

Und für die nächsten Haushaltsreden sei angemerkt: auch hier sind wir dem Konnexitätsprinzip verpflichtet. Nur das wir in diesem Fall die Musik bestellt haben.

Vor diesem Hintergrund hat unsere Fraktion durchaus Verständnis für die Kolleginnen und Kollegen im Rat, die beim Projekt M66 ein deutliches Signal an die Verwaltung geschickt haben, dass man diesem Versagen nicht weiter tatenlos zuschauen will.

Es wird höchste Zeit, dass der Rat sich die Lufthoheit über Planung und Baukosten zurückholt. Ich glaube sogar, dass sich hier manches Ratsmitglied schon die Frage nach der Mandatsträgerhaftung stellt. Wie konnten wir es zulassen, dass über die Beschlusslage des Rates hinaus, mal eben 100 Mio. an Mehrausgaben getätigt werden? Und dies ist der Stand Ende 2022. Wo stehen wir dann erst in 2024, 25 oder 26?

Nun ist die Renovierung des Rathauses begonnen, und wir erleben den typischen Zwang angeblicher Alternativlosigkeit. Jetzt kann man nichts mehr stoppen, jetzt Augen zu und durch? Ein Trost am Rande – dieser Rat, diese Verwaltung, dieser Kämmerer und auch dieser Bürgermeister, werden mit den direkten Auswirkungen der aktuellen Entscheidungen nichts mehr zu tun haben. Die finanziellen Belastungen schlagen mit ihren Auswirkungen erst in den Jahren ab 28/29 richtig dicke Löcher in die Bilanzen. Das ist die Zukunft, die für diese Stadt nicht mehr stattfindet – auf 50 Jahre.

Wir schlagen mit unserem Antrag die ergänzend: absolut kurzfristige Einrichtung eines Arbeitskreises vor, im Sinne eines Baugipfels. Hier sollten ganz dringend die Fragen der Verantwortlichkeiten, des Controllings diskutiert werden. Hier wollen wir das Amt 14 (RPA) mit am Tisch haben.

Auch gehört die grundsätzliche Frage auf den Tisch, wie der Bauherr Stadt Marl sich bei den Projekten geriert.

Beispiel Goetheschule: hier hat der Bauherr Stadt Marl dem Architekten (jenem gut gelaunten Herrn aus dem Schulausschuss) Gestaltung und damit Zeitplan und Kosten überlassen.

Ich werde jene Sitzung nie vergessen, in dem der Beschlussvorschlag zum Neubau der Goetheschule (der mit den 12 Mio. geschätzten Kosten) gefasst wurde. Kosten von der Verwaltung geschätzt ca. 12 Mio. plus/minus 30 Prozent. Also irgendwo zwischen 8 und 16 Millionen. Wir haben dagegen gestimmt, weil wir als Fraktion im Rat gerne gewusst hätten, für wieviel Geld wir denn nun Verantwortung zu übernehmen hätten. Die Antwort (oder den Diskussionsbeitrag) werde ich nie vergessen. "Genauer geht es nicht, wir wissen ja nicht, was der Architekt uns vorschlägt".

Wir wussten eigentlich, was wir wollten. Eine neue Grundschule für rund 350 Schüler, mit Platz und Luft und Licht für eine ordentliche, saubere wohlige Atmosphäre zum Lernen. Auf einem energetisch sauberen Stand. Für so rund 14 Mio. auf dem benachbarten stadteigenen Grundstück. So wäre der Arbeitsauftrag in jeder anderen Stadt, wie auch bei jedem Unternehmen und Privaten ausgelobt worden. Und das bitte in 24 Monaten.

Und jeder Architekt hätte sich gefreut, am Ende der geplanten Bauzeit stolz auf seine Leistung verweisen zu können. Nach rund 28 Monaten und 15% Überschreitung der Baukosten, würde das Gebäude bereits heute den Kindern und Lehrern zur Verfügung stehen.

Stand heute?

Ist es immer noch so, dass Architekten und Planer nach der Höhe der Bausumme honoriert werden? Und ist nicht jeder zeitliche Verzug, gleichzeitig eine Beschäftigungsgarantie für weitere 2 oder 3 Jahre?

Und zusätzliche Kosten auf Grund besonderer Wünsche von Politik oder Verwaltung. Wer zeichnet das ab? Wer trägt Budgetverantwortung, so überhaupt eine vereinbart war?

Ähnliches Verfahren kann man getrost auch bei den Planungen zu Marschall 66 unterstellen.

Um mal ein Sprichwort zu bemühen: wenn ich den Teich austrocknen möchte, sollte ich nicht die Frösche fragen...

Wir hoffen, dass wir mit dieser Antragsbegründung, dem Antrag das Interesse der Kolleginnen und Kollegen, der Verwaltung, aber auch der Öffentlichkeit geweckt haben, sich dieser Problematik zu stellen.

Lassen sie uns versuchen, kurzfristig diesen anscheinend vorhandenen Schwachstellen nachzugehen und gegen zu steuern. Dann wird es vielleicht auch was mit den auf Umsetzung wartenden Projekten.